Aus dem ABM-Nähkästchen geplaudert

Zum Verständnis der folgenden Ausführungen über unsere Erfahrungen mit ABM etc. ist die Kenntnis einiger Voraussetzungen und Hintergründe nötig, die hier stichwortartig folgen:

Verein und Ehrenamtlichkeit

a) Die Magnus-Hirschfeld-Geselllschaft ist als eingetragener Verein organisiert; wir haben seit einigen Jahren die sogenannte „große“ Gemeinnützigkeit wegen Förderung der Wissenschaft. Angefangen haben wir mit der „kleinen“ Gemeinnützigkeit wegen Förderung allgemeiner kultureller Zwecke.

b) Wir haben einen Mitgliederstamm von ca. 80 Personen - Zwischenstufen aller Arten. Das mag wenig erscheinen, ist aber für einen Verein mit Programmatik in der Sexualwissenschaft/Geschlechterforschung und zugehöriger Historie vergleichsweise gar nicht so wenig. Der Mitgliedsbeitrag ist relativ gering: DM 60,- im Jahr seit 1982; wer mehr geben kann, gibt mehr.

c) Abgrenzbare Einzelprojekte werden über Spendenkampagnen finanziert: Ich denke da an unsere erste Aktion, den Neuguß der Hirschfeld-Büste von Harald Isenstein 1984, die beiden Denkmäler in Berlin in der Otto-Suhr-Allee und im Tiergarten, aber auch an einzelne größere Anschaffungen für unsere Bibliothek oder technische Ausstattung.

d) Wir machen - wie wahrscheinlich alle hier vertretenen Projekte - diese Arbeit, weil sie uns Spaß macht, weil wir sie für notwendig halten und weil sie sonst keiner machen würde. Diese simple Voraussetzung der Ehrenamtlichkeit macht uns erpressbar: Soweit wir nicht anderweitig beruflich tätig sind und die historische Forschung als Freizeitbeschäftigung betreiben, tun wir‘s für jeden angebotenen Lohn, nur um es weiter tun zu können. Und die Lohnangebote sinken kontinuierlich.

Wir haben unsere Angebote im zweiten Arbeitsmarkt nicht gezielt entwickelt, sondern jeweils aus Gelegenheiten heraus versucht, gesetzliche Möglichkeiten für uns zu nutzen. Zwei Phasen:

Nutzung von Förderinstrumenten 1986-1999

- In den Jahren zwischen 1986 und 1992 haben wir Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach dem AFG (Arbeitsförderungsgesetz) immer für ganz konkrete Personen beantragt, deren Arbeitskraft wir an uns binden wollten bzw. die Projekte verfolgen wollten, die gut in unseren Rahmen paßten. Diese Konkretion entsprach so weder dem Geist noch dem Buchstaben des Gesetzes, war aber nicht nur bei uns gängige Praxis: Die Kunst bestand darin, das Aufgabenfeld so zu definieren, daß die Zuweisung eines/einer bestimmten Arbeitslosen für das Arbeitsamt nicht nur plausibel, sondern zwingend wurde.

- Ab 1991/92 wurden im Zuge der Abwicklung der DDR-Wirtschaft und -Wissenschaft großflächig ABM eingesetzt, um die Abgewickelten zwischenzulagern, bevor sie ins westdeutsche Wissenschaftssystem integriert oder in Rente geschickt werden

konnten. Hier konnten wir wegen der Größe der zu beantragenden Maßnahmen das Prinzip der Vorauswahl nicht durchhalten - die Arbeitsämter wie die vermittelnden Servicegesellschaften wollten damals am liebsten Maßnahmen mit mindestens 12 Beschäftigten einrichten; kleinere Maßnahmen mußten bei den Servicegesellschaften ‚gepoolt' werden, was dort zusätzliche Arbeit machte. Hier mußten also die „Forschungsprogramme" so formuliert werden, daß wir eine Chance behielten, die durch Zuweisungen des Arbeitsamtes erfolgenden Stellenbesetzungen zu steuern. Hier kommen als zwischengeschaltete Ebenen zwischen uns und dem Arbeitsamt noch die Servicegesellschaft und die ABM-Träger hinzu.

- Auf Initiative von einzelnen hin haben wir immer wieder auch Leute bei uns, die über ihre Sozialämter finanziert werden. Auf die Logik dieses Sektors gehe ich hier nicht weiter ein.

Ich unterstelle, daß die meisten hier ungefähr wissen, wie ABM (Arbeitsbeschaffungsmaßnahme), LKZ (Lohnkostenzuschuss-Maßnahme) und SAM (Strukturanpassungsmaßnahme) funktionieren. Damit wir Zeit zur Diskussion haben, möchte ich die Fülle der möglichen Geschichten, die alle schon Geschichte sind, lieber weglassen und gleich versuchen, ein paar Knackpunkte zu formulieren.

Das Kontinuitätsproblem

Das Kontinuitätsproblem hat drei Aspekte: einen politisch-bürokratischen und verwaltungstechnischen, einen der inhaltlichen Arbeit, und einen der Personal- und Projektplanung.

- Projekte brauchen, um die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik optimal einsetzen zu können, eine Person, die sich schwerpunktmäßig und immer wieder damit beschäftigt. Das ist wie beim Fundraising: es funktioniert nur, wenn jemand permanent dahinterher ist. Schwule oder lesbische Forschungs-Projekte haben in der Regel keinen direkten Draht zur Arbeitsmarktpolitik, sondern sind auf diesem Feld Laien und gewissermaßen Kunden des Arbeitsamts und der Landesverwaltung. Wir haben mehrfach mühsam gelernt, welche Bedingungen im Vorfeld der Antragstellung zu beachten waren, nur um am Ende festzustellen: Genau die Bedingungen, auf die hin wir geplant hatten, waren inzwischen politisch verändert worden. Manches - wie etwa die Verlängerung oder Verkürzung der Wartefrist für die Anspruchsvoraussetzung (6 Monate, 12 Monate) kriegt man aus der Presse mit, Haushaltssperren, die Kofinanzierungen blockieren, kommen schon kurzfristiger, aber die internen Planungprozesse, Absprachen, Vorentscheidungen über Schwerpunktsetzungen eines Arbeitsamts oder eines Beschäftigungsträgers - da ist ein Forschungsprojekt immer draußen.

- Das kann selbst Trägerorganisationen treffen, die es besser wissen müßten: Wir standen 1997 in Berlin bei der parlamentarischen Beratung des Arbeitsmarktpolitischen Rahmenprogramms (ARP) des Senats plötzlich vor der Situation, daß in den zu schaffenden Rechtsgrundlagen eine Liste "Arbeitsmarktorientierter Beschäftigungsträger" abschließend definiert worden war, denen diese Mittel ausschließlich zugewendet werden sollten. Die Arbeitsbereiche "Kultur" und "Sport" waren dabei zunächst überhaupt nicht vorgesehen - unser Träger Förderband e.V., dessen Schwerpunkt Kultur- und Jugendkulturprojekte sind, wäre damit schlagartig untergegangen. Diese Fördergebiete konnten erst durch eine immense Lobbyarbeit in letzter Minute hineindefiniert werden - die für den Lobbyismus notwendigerweise

aufgewendete Arbeitskraft fehlte dann aber sofort auf der Ebene der Antragsstellung, die in dem Jahr chaotisch lief.

- Man kann sich schließlich auch politisch verrechnen: Nicht nur wir hatten vor der letzten Bundestagswahl erwartet, daß eine SPD-Regierung Förderungsinstrumente auf dem Zweiten Arbeitsmarkt verstetigen würde, daß die offiziell ja immer noch gehegte Illusion, die Förderung des sog. Zweiten Arbeitsmarkts integriere die so Geförderten schnurstraks in den Ersten Arbeitsmarkt, endlich aufgegeben würde. Wir haben uns deshalb im vergangenen Jahr zunächst keine Sorgen um weitere Förderungsmöglichkeiten gemacht, sondern eher Ideen entwickelt, welche Aufgaben wir da unterbringen könnten. Was stattdessen kam, war ein Schnellschuß zur Förderung arbeitsloser Jugendlicher, insbesondere solcher ohne Schulabschluß, der die Arbeitsämter unter Erfolgsdruck setzte, so daß alle freien Mittel dorthin umgelenkt wurden. Für Kultur- und Forschungsprojekte blieb da nichts.
  Solche Entwicklungen vorauszusehen und einzuplanen, sind kleine Forschungsprojekte personell nicht in der Lage. Hier hilft nur die Kooperation mit Trägern der Arbeitsmarktpolitik - wobei die kleineren davon auch ganz schnell an ihre Kapazitätsgrenzen kommen. Um einigermaßen orientiert zu sein, hilft auch der Kontakt mit den örtlichen Beiräten, die jedes Arbeitsamt hat: Arbeitgeber, Gewerkschaften und Kommune.

Diese notwendige politische Kompetenz läßt sich verbinden mit einer zweiten, die ebenfalls benötigt wird, wenn Projekte sich auf den zweiten Arbeitsmarkt einlassen wollen. Projekte haben in der Regel keine Verwaltung. Der unvermeidliche Bürokratie-Aufwand ist aber beträchtlich. Das fängt bei täglichen Arbeitszeit- und detaillierten Fortbildungsnachweisen an, geht über zwingend notwendige Arbeitsschutzbelehrungen und hört bei der Inventarerstellung und der Anlagenbuchhaltung nicht auf. Mit der Auslagerung zum Steuerberater ist es nicht getan; das kostet zum einen, zum anderen hat man dann keine zeitnahe Kenntnis der noch vorhandenen Mittel im Projekt.

- Die inhaltliche Kontinuität der Arbeit eines Projekts läßt sich durch ABM etc. nicht herstellen, sondern nur absichern. Perspektiven der Arbeit, mit den erwarteten Ergebnissen von Forschungsvorhaben verbundene Perspektiven müssen außerhalb, vor Beginn und dann parallel zu laufenden Maßnahmen geklärt werden. Man muß dabei auch die Perspektiven eines Projekts, daß Interesse an seiner Verstetigung hat, und die der (evtl. nur vorübergehend) Beschäftigten auseinanderhalten. Diese beiden Perspektiven vermischen sich, wenn einige oder gar alle ein Projekt tragenden Personen - weil sie nichts anderes gelernt haben und beruflich auch gar nichts anders machen wollen - ihre berufliche Zukunft ABM-gefördert an ein Projekt binden. Wenn dann die Kontinuität der Arbeit nicht über eine Kernbelegschaft ehrenamtlicher Mitarbeit (oder aber anderweitig hauptamtlich fest finanzierter Personen) gesichert ist, bricht die Arbeit zusammen, wenn die Förderinstrumente nicht (mehr) greifen. Ein Projekt gewöhnt sich daran, eine gewisse materielle und Personalausstattung zu haben, verändert seine innere Struktur und Verantwortlichkeiten, geht Verpflichtungen nach außen ein, die zur Voraussetzung haben, daß es bezahltes Personal und Sachmittel gibt. Fällt beides plötzlich weg, steht die ganze Arbeit schnell in Frage. Deshalb stellt sich immer wieder die Frage: was von dem, das wir tun, können und wollen wir aus eigener Kraft aufrechterhalten? Erst die Beantwortung dieser Frage ergibt eine Leitlinie, an der ABM-, SAM- etc. Projekte sinnvoll orientiert oder angelagert werden können. Geht es um ein konkretes Forschungs- und Qualifikationsvorhaben einzelner oder mehrerer Personen oder geht es - evtl. vermittels dieser Vorhaben - um eine Verstetigung und Etablierung eines Projekts als

Institution. Wenn diese Frage nicht geklärt ist, droht perspektivloses Hangeln von Projekt zu Projekt, und die Überführung in eine Dauerfinanzierung wird vom Traum zum Trauma. (Da steckt die Frage nach der Unsterblichkeit dahinter, die wir ja alle anstreben...)

Zurück zu den profaneren Dingen: Man läßt sich ja auf die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik ein, weil man hofft, ein brotloses Projekt damit zu füttern. Das funktioniert auch, aber bevor man abzocken kann, gibt es das Liquiditätsproblem.

Das Liquiditätsproblem

Wer schon einmal selbst ein solches Projekt organisiert hat, weiß: Das Arbeitsamt zahlt erst nach dem ersten mit der vollen Belegschaft absolvierten Monat; und die letzte Monatsrate wird erst nach der Gesamtabrechnung gezahlt. Vorfinanzierungen für eine Stelle lassen sich leicht organisieren, aber schon bei drei wissenschaftlichen ABM-Stellen werden arbeitgeberseitig jeden Monat rund DM 10.000,- gebraucht. Welches Projekt hat soviel flüssig, um ggfs. auch zwei Monate vorfinanzieren zu können? Hier muß vorab geklärt werden, woher die Betriebsmittel kommen, wenn ein Projekt oder Träger keinen eigenen finanziellen Hintergrund hat. Da sind wir schnell bei der Stiftungsdiskussion. Unsere Lösung war, einen arbeitsmarktpolitischen Träger zu finden, der uns diese Finanzprobleme vom Leib gehalten hat, die Kulturinitaive Förderband e.V. Wenn es regional keine arbeitsmarktorientierten Trägerorganisationen gibt, bei denen evtl. auch mehrere schwullesbische Projekte angesiedelt sind oder werden können, muß man sie organisieren.

Träger von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen können nach dem SGB III finanziell gefördert werden, mit bis zu 30% der AG-Bruttolohnsumme. Diese sog. „Verstärkte Förderung“ ist neben der Bezahlung von Arbeit, die sonst unbezahlt geleistet oder gar nicht gemacht würde, der Hauptanreiz für schwul-lesbische Projekte, sich um ABM zu bemühen. Aus den erhältlichen Sachmitteln kann etwa Miete für Projekträume bezahlt werden, aber auch Reisekosten, oder Fotokopien, auch technische Ausstattung, soweit sie nicht - Vorsicht Falle! - die Investitionsgrenze von DM 800,- überschreitet. Die Verstärkte Föderung ist aber an zwei vertrakte Bedingungen geknüpft: Erstens muß das jeweilige Bundesland den gleichen Betrag beisteuern wie die Bundesanstalt. Ohne anteilige Landesmittel gibt‘s gar nichts. Zweitens, und das kann noch problematischer werden: In der sog. ABM-Anordnung ist festgelegt, daß von den Trägern ein nachzuweisender Eigenanteil in Höhe von 10% der Gesamtkosten beizusteuern ist. Bei mehreren ABM-Beschäftigten übersteigt der einzusetzende Betrag schnell die Möglichkeiten eines Projekts. Bibliothek, Sammlung und Geräteausstattung kann man einsetzen, aber wenn es nicht reicht? In den letzten beiden Jahren gab es in Berlin die elegante Lösung, die ESF-finanzierten Fortbildungs- und Qualifikationsanteile als Eigenmittel anerkennen zu lassen. Da kamen die nötigen Summen leicht zusammen; allerdings potenzierte sich auch der bürokratische Aufwand.

Für SAM-Beschäftigte gibt‘s übrigens nix - aus der Traum, keine Sachmittel, keine Miete. Dafür dürfen SAM-Beschäftigte per definitionem aber freie Kulturarbeit machen - und welches schwule, lesbische oder sonst zwischenstufige Projekt wäre keine Kultur??

Ü eber ABM, SAM etc. geförderte Forschungsprojekte müssen zwei Herren dienen, die sehr unterschiedliche Ansprüche haben. Die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik dienen nicht der Wissenschaftsförderung. Sie beziehen ihre Logik aus der Lage am Arbeitsmarkt, nicht aus der Logik einer Forschungsfrage. Auch dieses Problem hat mehrere Aspekte:

Das Problem der Unwissenschaftlichkeit

- Wir haben anfangs lange an den Arbeitsamts-Anträgen gefeilt: nicht so lange, wie an ‚richtigen' Forschungsanträgen, aber es gab doch viele Entwürfe, Überarbeitungen etc. um den Antrag auch für eine fachliche Begutachtung akzeptabel zu machen. Dies immer auch mit dem Blick auf die unterstützenden Äußerungen von Universitätsangehörigen, die wir beifügen wollten. Wir sind davon abgekommen, es lohnt den Aufwand nicht. Wenn der Antrag richtig gut ist und die Unterstützung ganz begeistert, kommt als Antwort vom Arbeitsamt eine Ablehnung, weil, wenn die Uni das Projekt so toll findet, sie es ja auch finanzieren könnte. Und für die arbeitsamtsinterne Entscheidung ist die wissenschaftliche Logik eines Antrags irrelevant. Auf der abzuliefernden dreiviertel Seite Text muß vielmehr plausibel gemacht werden, daß das Projekt genau auf die gerade förderungsfähige Problem-Arbeitnehmergruppe oder in den Förderschwerpunkt des Arbeitsamts paßt, und es muß ein Arbeitsergebnis beschrieben werden, dessen Nützlichkeit auch einem nicht fachlich interessierten einleuchtet. Antragsprosa - wenn ungefähr klar ist, worum es im Projekt gehen soll - schreiben wir mittlerweile an einem Nachmittag, notfalls auch in zwei Stunden. Diese Texte zeigen wir aber nie einem Fachpublikum.

- Forschungsarbeit, insbesondere, wenn bereits ein gewisser erst anzueignender Korpus an Kenntnissen vorhanden ist, benötigt schon für die Einarbeitung mehr Zeit, als die arbeitsamtsüblichen Jahresverträge zulassen; die Orientierung der Ergebnisphase auf das Verlängerungsjahr (bei SAM gar die zweimalige Verlängerung) liegt nahe und ist verführerisch. Ich kann nur davor warnen: wenn man nicht strikt auf ein Jahr orientiert, steht man am Ende desselben mit leeren Händen da. (Die Taube auf dem Dach....) Während bei der normalen Forschungsförderung das Verlängerungsjahr vor allem von der Qualität der Zwischenergebnisse abhängt, gewährleistet diese Qualität in ABM- etc. Projekten gar nichts, nicht einmal, daß bei Verlängerung der Maßnahme die gleichen MitarbeiterInnen weiterarbeiten dürfen. Für das Arbeitsamt ist im schlimmsten Fall die Statistik der Langzeitarbeitslosen wesentlicher als ein Forschungsprojekt, daß nicht zu Ende geführt werden kann, weil der Nachfolger wieder von vorn anfängt mit der Einarbeitung.

- Wenn ein Projekt mit ABM etc. nicht nur individuelle Qualifizierungen oder Forschungsinteressen unterstützen will, sondern quasi über die Hintertreppe die institutionelle, gar wissenschaftliche Etablierung anstrebt, dann sind die arbeitmarktabhängigen Diskontinuitäten extrem schädlich, weil die betroffenen Personen keine Verbindlichkeiten über das jeweilige Jahr der Beschäftigung hinaus eingehen können: sich in ein Thema einarbeiten und einen akzeptablen Vortrag für einen wichtigen Fachkongreß a) rechtzeitig anmelden und b) dann auch tatsächlich halten zu können, übersteigt die Jahresperspektive regelmäßig, wenn jemand nicht ohnehin im Feld etabliert ist. Eine Institution läßt sich auf diese Weise kaum repräsentativ aufbauen. (Als ketzerische Idee, die der Gewerkschafter in mir nicht erlaubt: Wir müßten einmal mehr darüber nachdenken, wie man/frau die Institutionen der Forschungsförderung in die Kofinanzierungs-Notwendigkeiten von SAM einbinden

könnte, ohne sich entgültig von Tariflöhnen zu verabschieden....)

- Es gibt eine Parallelität zwischen normaler Forschungsförderung und ABM-Förderung: in beiden Fällen müssen Vorhaben strikt ergebnisorientiert gemanaged werden. Arbeitsämter lieben allerdings Projektergebnisse, die man anfassen und herumzeigen kann. Ein Aufsatz ist gut - ein Buch, eine Ausstellung, eine Veranstaltungsreihe mit hohem Aufmerksamkeitswert ist besser. Dieses Ergebnis muß mit dem Abschlußbericht vorliegen können - ein bei einer führenden Fachzeitschrift zur Publikation in zwei Jahren angenommer Aufsatz beeindruckt nicht sonderlich. Für die Kontrolle eines strikten Arbeits- und Zeitplans im Projektjahr bieten die Modalitäten eines normalen Forschungsantrags, der ja die Vorlage eines solchen Plans einschließt, die besseren Möglichkeiten. Arbeitsämter verlangen solche Pläne nicht, aber es ist unabdingbar, unmittelbar nach Beginn eines Projekts das zu erreichende Ziel und die Arbeitsschritte dahin möglichst konkret und abrechenbar festzulegen. Das geht gegen den inneren Schweinehund, denn anders als bei normaler Forschungsfinanzierung ist das Geld ja schon da, wenn man an die Planung geht, die Planung muß niemand mehr überzeugen - außer die Beteiligten selbst. Ein öffentlich abzulieferndes Ergebnis, wie eine terminierte Ausstellung, eine Vortragsreihe o.ä. vereinfacht diesen - auch gruppendynamisch wichtigen - Prozeß. Wöchentlich reihum wechselnd verpflichtend vorzulegende Arbeitsberichte oder Zwischenergebnisse sind nützlich, oft notwendig zur Prozeßsteuerung.

Der Logik des Arbeitsmarkts gehorchen zu müssen, heißt schließlich, daß es innerhalb von ABM- etc. finanzierten Forschungsprojekten ein Anleitungsproblem gibt. Die Möglichkeiten, für ein bestimmtes Projekt die dafür am besten qualifizierte Person zu engagieren, sind sehr beschränkt und abhängig von intensiv gepflegten Beziehungen zu den zuständigen Vermittlern. Sonst muß man sich darauf einstellen, die Projekte nach den Fähigkeiten und Erfahrungen der erreichbaren Personen einzurichten. Absolut notwendig ist aber, daß in solchen Fällen im Kreis der anderen Projektmitarbeiter jemand ist, der als Anleiter und Ansprechpartner zur Verfügung steht, sonst wurschteln die neuen ProjektmitarbeiterInnen orientierungslos vor sich hin.

Das schwul-lesbisch-transsexuelle Personalproblem

Herr des Auswahl- und Zuweisungs-Verfahrens ist das Arbeitsamt. Das muß man/frau sich bei allen Anträgen klarmachen. Es besteht kein Rechtsanspruch - genauer: überhaupt kein Anspruch - auf die Zuweisung einer bestimmten Person. Das Arbeitsamt weist zu, der Träger kann (in Grenzen) vorgeschlagene Personen ablehnen. Es ist eine Vergünstigung, wenn der Vermittler seinerseits um eine Vorschlagsliste bittet.

Die Kunst liegt hier in den zwei Zeilen der Tätigkeits- und Qualifikationsbeschreibung: Sie muß a) in das Raster der Arbeitsamts-Berufsgruppen passen und sie darf b) keine Einschränkung auf bestimmte Personengruppen enthalten: die Eigenschaft „lesbisch“ oder „schwul“ oder „transsexuell“ etc. ist als Auswahlkriterium nicht möglich. Das Arbeitsamt führt keine rosa Listen. Wohl aber kann man Kenntnisse und Erfahrungen mit neuen sozialen Bewegungen, Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit sexuellen Subkulturen, Kenntnisse der Geschichte der homosexuellen Bewegung oder dergl. zur Bedingung machen. Das sortiert auch, ebenso wie ggfs. der Träger-Name: hier ist auch für Laien der Verein der Freunde eines Schwulen Museums natürlich aussagekräftiger als „Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft“ - da passiert es schon mal, daß Bewerber den

Herrn Hirschfeld gern persönlich sprechen möchten.

Wir waren auch damit konfrontiert, daß unsere Vermittler im Arbeitsamt zwar gutwillig waren, aber mangels eigener Erfahrungen große Schwierigkeiten hatten, unsere Verankerung in einer schwullesbischen Subkultur möglichen Bewerbern zu beschreiben, wenn diese nicht selbst darauf kamen. Es gibt da immer noch erhebliche Sprachschwierigkeiten außerhalb der „einschlägigen“ Kreise. Unser Angebot, dem Vermittler einen „Sprechzettel“ zu machen, der auf einer halben Seite beschreibt, daß wir ein Projekt sind, in dem Schwule und Lesben und Transsexuelle arbeiten, daß solche Leute auch bei uns verkehren oder Beratungsbedarf anmelden und daß der Arbeitsgegenstand Reden und Schreiben über Sexualität und sexuelle Praktiken mit einschließt, wurde sehr dankbar angenommen. Der Vermittler hat seinen Klienten dann diesen Zettel zusammen mit der Projektbeschreibung gegeben und war eine Peinlichkeit los, und die Klienten konnten ohne Probleme sagen „Das trau ich mir nicht zu.“

Auch diese Vorauswahl schützt nicht davor, daß sich Leute überschätzen. Wir hatten in jeder Auswahlrunde Leute, die sich für tolerant hielten und meinten, mit (Homo-)Sexualität gar keine Probleme zu haben. Nur wurden dann bestimmte Arbeiten nicht erledigt, weil da in den Texten so Wörter vorkamen, die sie nicht schreiben mochten. Oder ein herumliegendes Schwulenmagazin (kein Pornoheft...) wird nur mit spitzen Fingern angefaßt. Und ähnliches mehr.

Das Problem der Unplanbarkeit

Unsere Erfahrung mit ABM- etc. Projektanträgen führen zur Einsicht in eine strukturelle Unplanbarkeit - mit Brecht: Ja, mach nur einen Plan....
Den Widrigkeiten der Unplanbarkeit kann man nur dadurch entgehen, daß man sie zum Prinzip erhebt, bei größeren Vorhaben modular denkt, Zwischen- und Teilergebnisse akzeptieren und ggfs. einlagern kann, an denen später andere Personen weiterarbeiten. Ergebnisse, die auf Termin gebraucht werden, sind höchst gefährdet, denn Arbeitsämter und Servicegesellschaften nehmen auf externe Termine keine Rücksicht. Es empfiehlt sich, immer ein paar ansatzweise formulierte Ideen für solche Projekte in der Schublade zu haben - wir haben es mehr als einmal erlebt, daß von eben bis jetzt die Information auftaucht, es sei gerade eine Antragsmöglichkeit gegeben. Wenn man dann erst eine Arbeitsgruppe einsetzen muß, die Ideen produziert, ist meist schon alles wieder vorbei.

Ralf Dose M.A.